

Die Ameise.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2.00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1.50 Mark, Postzeitungsnummer 282. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer uneingeschränkt. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin, SO., Engelauer 15 II.

Nr. 21.

Berlin, den 24. Mai 1901

28. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Manil, Bergmannstr. 110), Gräfenroda (E. Romelt, vormals H. v. R. und Co.), Ellowitz, gräf. Frankenberg'sche Fabrik, Eripts, Hedendorf in Westfalen (Firma Grässel u. Co.), Heselak.

Der Vorstand.

Pfingstgedanken.

„Das ist aber das Gerächt, daß das Licht in die Welt gekommen ist; und die Menschen liebten die Finsternis mehr, denn das Licht. Denn ihre Werke waren böse.“

„Wer Arges thut, der haßet das Licht, und kommt nicht an das Licht, auf daß seine Werke nicht gestraft werden!“

Die vorstehenden Bibelworte gehören in das Pfingsthema kirchlicher Predigten. Von vielen Kanzeln werden sie in diesen Tagen hinabgeschleudert werden in die andachtsvolle Menge der harrenden Gläubigen. Manche arme Seele wird erzittern unter den wuchtigen Streichen pastoraler Verebtheit; manch' Gewissen wird — für Augenblicke wenigstens — aufgestört werden aus seiner Stumpfheit und manch' dunklem Hirn mag wie schemenhafte Ahnung etwas aufdämmern, das so aussteht wie Licht, etwas, das den Geist huckepetticht aus dem alltäglichen Gedankenkreise und Perspektiven zieht, die über das im Grunde doch so enge Erdenleben des Einzelnen hinausweisen.

Fretlich: diese Perspektiven werden, wenn ihnen die Richtung von der Kanzel gegeben wird, in eine von unserem Standpunkt aus bedauerliche Passivität auslaufen: in ein thatenloses Weichsein, in Duldende, oder gar erdberachtende Gläubigkeit, in ein — hoffnungsloses Hoffen auf die ewige überirdische Glückseligkeit.

Es liegt ein komischer Widerspruch in dem Verhalten jener unserer Gegner, welche eintheils das Ziel in durchaus ungeläuterter Fernsicht über den Wolken in einem Welt von zu hoch über dem irdischen, und andererseits die Bemühungen der modernen Arbeiterbewegung mit mühseligem Nachhaken als „utopisches Phantasieren“ zu tadeln glauben.

Wie denken noch gar nicht einmal an die

Sozialismus, dessen Existenzmöglichkeit ist übrigens von uns auch nicht nebelhaften Phantasien, sondern aus streng realen, hauptsächlich wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen hergeleitet wird. — nein, schon die gesetzliche Einführung des achtstündigen Normal-Arbeitstages ist für die meisten der frommen Gegenwartsvortheiliger eine „Utopie.“

Die angeblichen Verehrer des heiligen Geistes — der Ehre Christi —, die dessen Reich nur außerhalb der Erdatmosphäre erblicken, sind zum sehr großen Theile die versteinerten Hemmnisse auch des kleinsten sozialen Fortschritts auf unserer allerdings habendsten Erdbugel, die doch gerade Jene mit Macht zu praktischer Betätigung locken müßte. Aber gerade das Gegenheil ist der Fall: nichts ist ihnen so verhaßt, als der Geist, der aus den Volkstiefen nach der Höhe eines helleren Lebens ringt? Und so hat man denn das Kunststück fertig gebracht, den Geist des Christentums in einen streitbaren Gegensatz zum Geist der thatvollen Arbeiterbewegung zu bringen; man hat die Zersplitterung u. A. der gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen propagiert und dadurch Erfolge vereitelt, die im anderen Falle zweifellos zum Segen aller Beteiligten erreicht worden wären.

Nicht nur die ernsthaft politische-soziale Bewegung, nein, auch die mit einem so prägnanten Programm ausgestatteten Gewerkschaften sind den gläubigen Richtern pfäffischer Unabwiesbarkeit als des „Teufels Werk“ hingestellt und den Arbeitern kirchlicher Otterwurz als unerträglich mit dem Geist des Christentums, also dem heiligen Geiste, benutzigt und das Schmoren im Höllenpfuhl als die gerechte Strafe den Zamburhandelnden angedroht worden.

Da ist es wohl angebracht, einmal einen Mann der Wissenschaft sprechen zu lassen, der ein begeisterter Anhänger aller Lehren Christi, mit bitteren Worten die Sphäre der modernen Frömmerei und ihren Widerspruch aufdeckt. Paul de Régla, ein französischer Arzt, sucht unter anderem in seinem Werk „Jesus von Nazareth“ (Verlag Weyers, Leipzig) eine Gleichheit, wie sie nach dem Sinne des Stifter der christlichen Religion beschaffen sein müsse, als folgt zu lesen:

„Jesus von Nazareth ist der Sohn Gottes, der Mensch, der die Welt verändert hat.“

das heißt, gegründet auf die Arbeit eines Jeden für Alle, und Alle für Jeden. Diese Gütergemeinschaft will die Welt in eine Rangordnung gliedern, welche sich auf die geistigen Fähigkeiten ihrer Angehörigen stützt. — nicht, nicht mit der Herrschaft der Brüderlichkeit und gegenseitigen Verantwortlichkeit würde auch das Reich der Gleichheit Aller vor dem Gesetz, vor Rechten und Pflichten ausgerichtet werden.

Die großen Vermögen, die großer Besitztümer würden verschwinden, aber keine Noth, kein Elend wäre mehr vorhanden.

Und im Gebetsbuche des „Vater“ (Gott) gewidmeten Tempels lese man in goldenen Buchstaben die Inschrift:

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

„Deshalb verleihe noch die anderen Worte: „Pflicht u. gegenseitige Verantwortlichkeit.“

Dieses Bittat dürfte geeignet sein, scharf die Thatsache zu beleuchten, daß unsere Gegner im Talare und der Kapuze nicht die geringste sachliche Berechtigung haben, zwischen ehrlichem, wahrhaftem Christentum und den Bestrebungen der modernen Arbeiterschaft Gegensatz zu konstruieren, deren gewalttames Hervorgerren dann nur auf höchst unsachliche Beweggründe deutet. Vielleicht auch offen jene Worte diesem oder jenem unserer Arbeitsgenossen, die bisher demagogischem Liebeswerben zu ihrem und unserem Schaden willig Gehör schenken, die Augen über die Natur ihrer Freunde, die sie zum Pfingstfest wieder mit dem sehr unheiligen Geiste inquisitorischer Evangelien-Auslegung regalkren werden, während über den vorwärtsdrängenden Geist freierer, konsequenterer Geschichte und Lebensauffassung, der doch die Werte: „Pflicht und gegenseitige Verantwortlichkeit“ zum leitenden Prinzip gleichfalls erhoben hat, das Anathema (Verfluchung) ausgesprochen wird.

Unsonst allerdings! Denn, wenn auch noch heute gar viele, viele Menschen die Finsternis mehr lieben als das Licht, weil ihre Werke böse sind — böse in Bezug auf das irdische Wohl der Gesamtheit —, so können sie doch das „Gerächt“ nicht hindern, das der in unserem Sinne heilige Geist bei Erleuchtung, bei Menschheits-Erklärung, tagtäglich wöhnt. Nicht im physikalischen Sinne — dazu fehlt Absicht wie Exaltation, — aber im Urtheile jedenfalls. Und es ist keine kleine Schandthat, wenn „wenn Säubern“ und „sündigen Verhältnissen“ die auf der Auflassung moderner Weltanschauung Platz nehmen müssen.

Waffen! Denn die Welt fragt ebenförmig, wie ein anderer Gerächt das nach der entgegen-

stehenden Neigung des Einzelnen. Nur braucht die erstere weder Vorladungen noch Verhaftsbefehle. Ihr ist in solchem Sinne das Individuum in seiner Vereinzelung nur ein Symptom typischer Gesellschaftsverfehlungen. So war ein Stumm der vollendetste Ausdruck weitverbreiteter Unternehmer-Anschauungen — scharf geschliffen nach allen Seiten; — so ist ein Krupp mit seinem 21 Millionen-Einkommen nur ein besonders auffallendes Beispiel von der Widerständigkeit unserer Produktions- und Eigentumsverhältnisse.

Und das Gericht, das aus dem niedergedrückten, tausendfach mißhandelten Volk und seinen Fürsprechern entstanden ist, indem es Licht verbreitete über die lange im Dunkeln gelegenen Zusammenhänge unseres gesellschaftlichen, sozialen Daseins, besteht in der rücksichtslosen, aber logischen Kritik der Verhältnisse und in einer kraftvollen, durchdachten Gegenwirkung: in einem plan- und zielvollen Vorgehen gegen Jene, welche nicht das sonnenklare Menschenrecht, nicht irgend eine ethische Pflicht, sondern nur die absolut nicht zu ignorierende Macht der Thatsachen anerkennen.

Ist die Arbeiterkraft eine Macht? Sind ihre leitenden Gedanken das Licht, das die Finsternis bis zur Völlendung richten wird?

Die erste Frage wird beantwortet durch die Erfolge und gelungenen Abwehrmaßnahmen der Organisationen, wie durch die Beeinflussung, welche allein durch die Existenz der Arbeiterbewegung auf die Handlungen der Herrschenden ausgeübt wird.

Die zweite Frage findet ihre Antwort am besten in einer klaren Vergegenwärtigung des allgemeinen Gesellschaftszustandes, der wohl am treffendsten mit dem Worte Verwirrung gekennzeichnet ist.

Wohin wir blicken: auf politischem wie wirtschaftlichem Boden, allüberall Plan- und Regellosigkeit! Allüberall sind Versuche bemerkbar, krampfhaft Versuche, die Risse im Gemäuer zu vertuschen; es wird getäuscht, verschleiert, betrogen. That und Wort weichen von einander ab. Angebliche Kulturthaten werden zu entsetzlicher Barbarei. Milliarden werden verschwendet; für neue soziale Reformen ist kaum eine lumpige Million zu haben! Rathlos steht man vor der hereingebrochenen wirtschaftlichen Krise mit ihren Folgen. Arbeitslosigkeit, Trunksucht, Verbrechen und Vergehen werden zunehmen — und die Moralpfaffen haben günstigen Stoff, gegen die Verrohung des Volkes zu eifern!

Kurz, wohin wir sehen, erblicken wir eine Verstandlosigkeit, eine Zerfahrenheit und Unordnung, daß man sich eigentlich über die Tragfähigkeit der wankenden Säulen wundern muß, die das unzweifelhaft dem Zusammenbruch geweihte Gebäude tragen. Denn kein Kitt, kein Mörtel bringt die vielen auseinanderstrebenden Elemente noch zu einer festen Einheit wieder zusammen.

Doch wie ein eiserner Keil in morsches Gedüll schiebt sich allmählig die gesammelte Kraft der Arbeiterbewegung beharrlich und fest in die irre Masse der durcheinander wirbelnden Interessen und schwankenden Meinungen. Hindernis um Hindernis überwindend, fester Ueberzeugung im Bewußtsein der mitwirkenden Entwicklungstendenzen, getrieben von dem heiligen Geiste einer großen Kulturaufgabe, befeuert von muthigem Willen, sich selber ihr Heimathrecht auf dieser Erde zu erobern, — so schaffen und wirken die Paria, die Entrechteten, die Gedrückten und Mißhandelten! Der heilige Geist! Das ist der tollkühne Geist! Muth und gegenseitige Verantwortlichkeit!

Mag der Haß brutaler Mächte wühlen, Opfer auf Opfer, Unrecht auf Unrecht häufen,

mögen sie uns von Kanzeln und grünen Tischen verdammen. —

Wir feiern unser Pfingstfest doch in dem Bewußtsein, daß das Gericht des Lichtes in die Welt gekommen ist, um auch die Finsternis der Gegenwart in die Hölenschlucht weltgeschichtlicher Verachtung zu werfen.

Etwas für unsere Frauen.

In der Sitzung der Petitions-Kommission des Reichstags vom 30. April wurde verhandelt über die von den sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ausgehende Petition betreffs der gesetzlichen Regelung der Frauenarbeit und der Gleichstellung der arbeitenden Frauen mit den Männern in der Ausübung des Koalitionsrechts, sowie bei den Wahlen zum Gewerbegericht.

Der Referent, Abg. Ledebour, führte aus, daß die Petition nicht den Anspruch darauf erhebt, formulierte Gesetzesvorschläge zu machen, sondern nur allgemeine Grundsätze für die Weiterentwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung im Interesse der Frauen aufstelle. So werde das Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen bei allen Beschäftigungsarten gefordert, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind. Es bleibe natürlich aber noch eine gründliche Untersuchung anzustellen, um Material für die Entscheidung darüber zu gewinnen, welche Beschäftigungsarten daraufhin von der Frauenarbeit auszuschließen seien. Wenn ferner der gesetzliche Achtstundentag für Arbeiterinnen gefordert werde, so würden die Petentinnen sicher damit einverstanden sein, wenn die Kürzung auf das geforderte Maß schrittweise im Sinne des Antrags der sozialdemokratischen Fraktion, also zunächst auf 10 Stunden erfolgen würde. Die Freigabe der Sonnabend-Nachmittage empfehle sich, um den arbeitenden Frauen die Erledigung häuslicher Arbeiten in gründlicherer Weise zu ermöglichen, als das an den übrigen Wochentagen des Abends geschehen könne. Das Beispiel Englands, wo vielfach bereits der Arbeitschluß Sonnabends um 2 Uhr Nachmittags eintrete, zeige, daß eine solche heilsame Reform ohne Schädigung der Industrie durchführbar sei.

Zur wirksamen Durchführung des Schutzes für Schwangere und Wöchnerinnen sei die geforderte Befreiung der Ausnahmewilligungen zu früherem Wiederbeginn der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses durchaus nöthig, da bei der Widerstandsunfähigkeit der Frauen der Unternehmer es stets in der Hand hätte, solche Ausnahmen unter Zustimmung des Arztes durchzuführen. Die Erhöhung des Krankengeldes für Schwangere und Wöchnerinnen auf die volle Höhe des ortsüblichen Tagelohnes empfehle sich, da jetzt häufig noch Schwangere, um des Arbeitsverdienstes in jener kritischen Zeit nicht verlustig zu gehen, vielfach ihre Schwangerschaft verheimlichen, was dann zu ihrem eignen Schaden und zum Schaden der Kinder, die sie unter dem Herzen tragen, ausschlägt. Die Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie sei wegen der übermäßigen Arbeitszeit gerade auf diesen Gebieten dringend geboten. Mit der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren sei ja schon ein Anfang gemacht, dessen Ausbau sich aber deshalb empfehle, weil die Arbeiterinnen überhaupt, besonders aber in Angelegenheiten, die sich auf das Geschlechtsleben in irgend einer Weise beziehen, zu einer Frau oder Vertrauten haben, als zu einem Manne. Die Sicherung völliger Koalitionsfreiheit und die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Gewerbegerichte bedürfte sich aber, um den Frauen die Eringung besserer Lebensbedingungen im Wirtschaftsleben gleich den Männern zu ermöglichen. Der Referent machte noch darauf aufmerksam, daß die Frauen, wie das auch aus der Begründung der Petition hervorgehe, jene Forderungen nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Kinder und im allgemeinen Volkinteresse fordern.

Der Regierungskommissar, Geh. Regierungsrath Koch, führte aus, ohne auf alle Punkte einzugehen, daß in mancher Hinsicht der Bundesrat bereits in der Richtung jener Forderungen Maßregeln vorbereitet; so würden Erhebungen veranstaltet, wie sich ein besserer Schutz der weiblichen Arbeit in der Cigarrenbranche durchführen ließ. Bewähre sich der Versuch mit der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, so werden damit sicher in den einzelnen Ländern weitere vorgegangen werden. Am Sonnabend-Nachmittag werde jetzt schon um 1/2 Uhr den Frauen Feiernabend gewährt. Was die Forderung betreffs der Wahl zu den Gewerbegerichten angeht, so wolle er nur darauf aufmerksam machen, daß die Gewerbegerichts-Kommission diese Forderung räumweg abgelehnt habe.

Der Referent erwiderte, daß letzteres kein Grund für die Petitionskommission sein könne, nicht ihrerseits diese Forderung, wenn sie dieselbe für richtig hielt, zu stellen. Er beantragte deshalb die gesammelte Petition dem Reichstager zur Vertheilung zu überweisen. Von Mitgliedern anderer Parteien, der Konservativen, der Nationalliberalen und des Centrums wurde hiergegen Einspruch erhoben. Humboldt-Lösche, die Petitionskommission hier eine andere Stellung ein-

nehmen als die Gewerbegerichts-Kommission, und auch im Uebrigen gehe der Antrag zu weit, wenn auch die ganze sozialpolitische Gesetzgebung sich in der Richtung der Forderungen bewegen.

Der Abg. Jacobstücker (konf.) betonte noch, daß man doch keinen Anlaß habe, sich von sozialdemokratischen Frauen zu so weitgehenden Maßregeln treiben zu lassen. Nach längerer Diskussion wurde darauf der Ledeboursche Antrag auf Berücksichtigung von der geschlossenen Mehrheit der bürgerlichen Parteien abgelehnt und ein von dem Abg. Krebs (C.) gestellter Antrag angenommen, die Petition dem Reichstagsler als Material zu überweisen, mit Ausnahme des letzten Absatzes, betreffs der Ertheilung des Wahlrechts für die Gewerbegerichte, über den zur Tagesordnung übergegangen wurde.

Wie ist es möglich

eine geregelte Agitation in unsern Verband zu betreiben? Diese Frage ist gewiß nicht so leicht zu beantworten, und doch ist es möglich! Unser Verband zählt jetzt 136 Zahlstellen, diese werden wenn es irgend angeht nach Mitgliederzahl in 6 Bezirke eingetheilt, jedoch auf jeden Bezirk circa 1800 Mitglieder fallen, diese Bezirke werden von einem besoldeten Bezirksleiter bearbeitet, in Agitation, durch Abhalten von Versammlungen Schreiben und Verbreiten von Flugblätter, Ausarbeitung von Jährlichen Statistiken, Inspektionen, der in seinen Bezirken eingetheilten Zahlstellen usw. Der jetzige Vorstand resp. die fünf besoldeten Bureau Beamten werden auf 2 Herabgesetzt und zwar einen Vorsitzenden gleichzeitig Redakteur, und Kassirer. Ersterer hat die Anweisung zu redigieren, Vorstandssitzungen zu leiten und den Verband nach Außen zu vertreten. Der Kassirer hat die Kasse zu leiten und wird das Vermögen auf den Verband eingetragen. Den Zahlstellen Verwaltungen wird aufgegeben, die Unterstützung der Arbeitslosen, selbst zu besorgen, und sofort den Vorstand davon Mittheilung zu machen, dadurch wird den Vorstand eine große Arbeit erspart und auch die unabhigen Postkosten, kein Schiedsgericht, u. s. w. welches die Erhebung der Bureau Beamten begründet. Bei etwa eintretenden Differenzen, ist sofort der Bezirksleiter in Kenntniß zu setzen resp. nach den betreffenden, Ort zur Erledigung der Differenz zu reisen. gleichzeitig muß den Vorstand sofort Mittheilung und zwar ausführlich zur Beschlussfassung vor Arbeits-Niederlegung zu gehen.

In diesen Fällen sind die Bezirksleiter verpflichtet, den Vorstand gleich nach Information und Lage der Sache ebenfalls ihre innere Ueberzeugung nach gehandelt, den Verband wie auch den Mitgliedern gegenüber nicht schädigend; einen Bericht ein zu schicken u. s. w. Die Uebrigen Aufgaben möge die nächste General Versammlung festsetzen. Dieses nur ein Vorschlag, bitte ich im Interesse der Organisation in jeder Zahlstellen Versammlung zur Diskussion zu stellen um damit die nächste ordentliche General Versammlung darüber Beschluß fassen kann, möge ein jeder Verbands Genosse jetzt an die Arbeit gehen, mit Ueberlegung und Muth unsere Organisation in Bahnen zu lenken, wohin sie gehört! betrachten Sie die große Masse, und Sie müssen alle erkennen, was eine Organisation bedeutet, und daß Sie ein Recht haben unter Menschen Mensch zu sein. Wir haben mit darunter zu leiden. Die Beweise sind maßgebend, denn überall da, wo eine stamme Organisation waltet, sind die Lohn und sanitären Verhältnisse geregelte, als wo das nicht der Fall ist. Wir dürfen daher nicht säumen und müßig sein, denn nach dem jetzigen System ist es nicht möglich eine vollkommene Agitation zu entfalten. Wenn wir das fortwährende Steigen der Mitgliederzahl anderer Gewerkschaften betrachten, so müssen wir uns schämen, als einer der er-

bärmlichsten Verufe, diese Laubheit der Mitglieder und die große Indifferente Masse. Wenn, sollte Vorstehendes, den Mitgliedern und Verbands Genossen nicht genügen, so bin ich gern bereit näher meine Ansichten kund zu thun, glaube jedoch das es verständlich sein wird. Es soll nur ein Hinweis sein und wird ja, wenn alle Verbands Genossen mit Ueberzeugung an die Arbeit gehen, im Interesse ihren späteren Fortkommens ihres Rechtes, als Steuerzahler und Staats Bürger, so wird für uns ein ersprießliches, thätkräftiges Arbeiten in Wirksamkeit treten. Nicht auf den alten Standpunkt, es hat ja schon früher so gegangen, und unsre paar Jahre gehen noch so hin, sondern wir sind es unsre Familie unsre Nachkommen schuldig unsre Pflicht zu thun! Frisch auf, an die Arbeit, damit unsre nächste General Versammlung den festen Willen der Mitglieder weiß. Wilh. Mehling.

Anmerkung des Redakteurs. Vorstehender Artikel ging mit der Bemerkung ein, daß Einsender ihn gerne so gedruckt wünscht, wie er geschrieben und kommen wir dem Wunsche um so eher nach, als auch am Schlusse des Artikels in nicht mißzuverstehender Weise die Bemerkung angehängt ist: „Abschrift ist vorhanden.“ Herr Mehling's Haß gegen die jetzige Verbandsleitung und natürlich auch gegen den Redakteur hat sich so weit verdichtet, daß er nach seinem Ausspruch gern in sämtlichen Zahlstellen herumreisen und „agittieren“ möchte, bis die von ihm so Gehästen von ihren Posten entfernt sind. — Solchen er- und verbitterten Gegnern gegenüber heißt es vorsichtig sein und deswegen erlauben wir uns in dem Schriftsage auch nicht das Geringste zu ändern und die übliche Redigierung vorzunehmen; wer kann wissen, ob M. nicht gerade durch seine schriftlichen Leistungen den Mitgliedern imponieren und sich eine Anwartschaft auf eine Stelle, bei der seiner Meinung nach unerläßlich notwendigen anderen Besetzung des Vorsitzenden und Redakteurschens sichern will.

Als Reorganisator des Verbandes hat sich der unschuldige Vater der „Wäschegeldangelegenheit“ schon des öfteren aufgespielt und daß es ihm mit dieser seiner Thätigkeit diesmal sehr ernst ist, beweist, daß er ein ganzes Jahr vor der Generalversammlung seine Vorschläge gleichsam als gelstigen Sauerzeug in die Massen wirft.

Wohl hält uns nichts ab, jetzt schon wie zu jeder Zeit in der „Amesse“ zu dem Vorschlag im Allgemeinen, wie im Besonderen zu den einzelnen Theilen derselben Stellung zu nehmen; jedoch würde Herr Mehling nicht mit Unrecht dann sagen können, daß, wenn wir etwa eine gegentheilige Ansicht äußern, wir die Verbandsgenossen im vornhinein beeinträchtigen wollten. Wir wollen deshalb in aller Gemüthsruhe zunächst abwarten, ob und wie die Vorschläge, zu deren Veröffentlichung W. wohl Pfingsten (das Fest der Ausgießung des heiligen Geistes) als am passendsten gefunden hat, auf die Mitglieder wirken werden.

Nicht wegen Herrn Mehling, auch nicht gerade wegen unserer Mitglieder, denn die wissen es ja, sondern wegen jener Vater der „Amesse“, die nicht zu unserer Organisation gehören, möchten wir jedoch heute schon ein paar Worte zu M.'s Auffassung verlieren, daß wir uns schämen müßten wegen unserer Mitgliederzahl. Das ist durchaus nicht der Fall. Denn wenn wir die Zahl der wirklichen Porzellan- u. Arbeiter ins Auge fassen, so ist das Prozentverhältnis durchaus nicht beschämend. Glaserarbeiter, die im Verufe beschäftigt sind in anderen Organisationen ebenfalls weniger, oder aber besonders organisiert. Von den Arbeiterinnen gar nicht zu reden, da ist über die Verhältnismäßigkeiten an der gewer-

schaftlichen Organisation in fast allen Berufen Klage vorhanden. „Fortwährende Steigerung“ der Mitgliederzahl hatten nicht nur andere Gewerkschaften, sondern auch wir, wobei allerdings zugegeben werden mag, daß, wenn statt wie jetzt vier Beamte und eine Hilfskraft für den Kassier, nach dem Mehling'schen Vorschlage erst einmal acht besoldete Personen das Steuer der Organisation führen, deren Folge andere sein „könnten.“

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Die Mitglieder des Verbandes werden im eigendsten Interesse darauf aufmerksam gemacht, die Emailirwerke Hossen und Lanter i. S. in Folge schwebender Differenzen bis auf Weiteres mit Arbeitsangeboten zu verschonen. Der Vorstand.

Aufforderung!

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einfindung der Abschüsse und Gelder pro 1. Quartal 1901 aufgefordert:

Aborf, Berlin II, Blankenhain, Coburg, Elberfeld, Gräfenhain, Gräfenhain, Großbreitenbach, Grünstadt, Hirschau, Hirschberg, Ilmenau, Ramenz, Rön-Schrenfeld, Köppelsdorf, Manebach, Margarethenhütte, Martinroda, Neuhaus, Oberlößig, Plesau, Pottschappel, Probstzella, Rudolstadt, Saargemünd, Sigendorf, Spandau, Stadtilm, Stadtlengsfeld, Stoffel, Tuhl, Tettau, Unterweilbach, Wallendorf.

Wilh. Herden, Verbandskassier.

61. Vorstandssitzung vom 14. 5. 1901.

Außer dem Vorstand anwesend: der Redakteur, von den Revisoren Boeseneder, als Gast Gen. Mund-Berlin.

Ein Bericht von Ilmenau wird zur Kenntnis genommen und Beschlusfassung ausgesetzt, bis inzwischen einzuwickelnde Recherchen genaueren Aufschluß über die Sachlage erbringen. — Zuschriften von Kronach und Stadtlengsfeld werden zur Kenntnis genommen und weiterer in Aussicht gestellter Bericht abgewartet. — Für die noch arbeitslosen Mitglieder in Rudolstadt wird die bereits gegebene Unterstützung nach bewilligt, die Gewährung weiterer Unterstützung jedoch abgelehnt. — In der Rechtsanwaltsache des Mitgliedes 22750 wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Ein Antrag des Vorstandes des 2. Agitationsbezirktes, Gewährung einer bestimmten Summe zu Agitationszwecken, wird abgelehnt. — In Sachen Mittel contra Fuchsrube, Altwasser, theilt der Rechtsanwalt mit, daß Dextere gegen die Erstgebung des Oberlandesgerichtes Breslau die Revision beim Reichsgericht angemeldet habe. Die Gewinnung eines Vertreters des Klägers vorm Reichsgericht soll dem die Klage führenden Rechtsanwalt überlassen bleiben.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrtkosten noch Unterstützung erhalten (keine Sperre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottieren:

Albersweiler, Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gercke, C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Breslau (Stefel, Steingutfabrik), Frankfurt a. O. (Baetsch, Mattschak), Garsitz, Gersweiler, Gräfenroda (Seene, Helfner, Gdert u. Meng), Jöhr (Dieffinger), Ramenz (O. Vogt), Rönigszell, Ilmenau (Abicht u. Co.), Langenwiesau, Passau, Rodach, Rheinsberg, Roschitz bei Oera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Standowitz, Gregerhald, Tuhl, Schönewitz, Schmieditz (Krause), Schelbe, Thale (Eisenwert).

Solange Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die Firmeninhaber nichts mehr gegen die Verbands-

zugehörigkeit einzuwenden haben, so wolle man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste nicht mehr vorkommt.

Der Vorstand.

Aus unserm Berufe.

Von Gräfenroda wird berichtet, daß die Firma L. Romeiß, Thonwarenfabrik, nun ebenfalls sich als ein Glied in dem Ringe gerirt, der die Organisation der Porzellanarbeiter zerdrücken soll. Wir konnten anlässlich der bisherigen Aussperrungen in Gräfenroda, in Nr. 3 der Amesse mittheilen, daß Herr Romeiß seine dem Herrn Greene gegebene Erklärung, ebenfalls Verbandsmitglieder zu boykottieren, zurückgezogen habe. Er schrieb uns, daß er nach wie vor Verbandsmitglieder beschäftigen werde, wünsche aber nur, daß die bei ihm beschäftigten Arbeiter nicht bei jeder geringfügigen Sache große Weitaufgaiten machen und in erster Linie sich immer vorher mit ihm verständigen sollten.

Es hat nun am 18. d. Mts. Herr Romeiß von seinen Arbeitern ebenfalls verlangt, daß sie eine Erklärung abgeben sollen, wonach sie aus der Organisation ausscheiden, widrigenfalls sie sich als gekündigt betrachten und in vierzehn Tagen abgehen können. Die Arbeiter, 12 an der Zahl, wollen bezweifelungsweise ihre Organisation nicht untren werden und werven wir, sofern nicht noch ein gütlicher Ausgleich statifindet, eine neue Aussperrung wegen Organisationszugehörigkeit in Gräfenroda zu verzeichnen haben.

In einer der letzten Vorstandssitzungen wurde zur Kenntnis gegeben, daß ein bei Romeiß beschäftigtes Mitglied ohne Kündigung entlassen worden sei und wegen Entschädigung der Kündigungszeit vor Gericht klagbar gegen die Firma werden wolle.

Es scheint uns nun, als wenn Herr Romeiß dieses Vorgehen des Mitgliedes als eine jener „Weitaufgaiten“ betrachtet, die er gerne vermeiden und auf gütlichem Wege aus der Welt schaffen möchte, er hat nun aber allerdings seinerseits sehr wenig Willen hierzu bekundet, wenn er die Arbeiter gleich auf diese Weise boykottirt.

Wir können natürlich nicht so ohne weiteres beurtheilen, ob Herr Romeiß wirklich nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Recht zur sofortigen Entlassung des Mitgliedes hatte, es wird ja leider von unseren Berufsgenossen öfter dem Arbeitgeber Anlaß zu berechtigten Klagen gegeben und so manche Differenz im Arbeitsverhältnis könnte bei besserer Beachtung der unerläßlich notwendigen Umgangsformen vermieden werden.

Es kann also sein, daß auch hier der entlassene Arbeiter seinen Theil Schuld an der Entlassung hatte, jedoch muß die Schuld nicht so schwerwiegend sein, wenn er das Gericht gegen seiner Meinung nach unberechtigte Entlassung, respektive Entschädigung für zustehende Kündigungszeit in Anspruch nehmen will. Und ganz abgesehen von der gegenseitigen Verständigung, die doch wohl immer noch möglich gewesen wäre, konnte Herr Romeiß, wenn er das Recht auf seiner Seite hat, mit Ruhe auch einem gerichtlichen Prozeß entgegen sehen.

Statt dessen greift er allem vor und fordert einach den Austritt aus dem Verband resp. wirft die Arbeiter, die dem nicht nachkommen, auf das Pfahler. Das Resultat des Ver. u. Greene hätte (sonach auch Herrn Romeiß bewegen, den Kampf gegen das Koalitionsrecht mitzumachen und sich dadurch in „Weitaufgaiten“ zu fügen, die ihm unter Umständen doch unangelegentlich werden können, als der

eventuelle Ausgang einer Klage auf 14tägige Kündigungsentschädigung.

Gewalt geht vor Recht denkt man, dabei überschätzt man allerdings manchmal seine Macht.

Daß die Sperre über die Romeiß'sche Fabrik verhängt sei, das hatte jenesmal Herr Heene und Genossen benützt, um auch Herrn Romeiß mit in den Ring behufs Sprengung der Organisation zu bekommen und hatte H. bereits unterschrieben, mitzumachen; als er aber erfuhr, daß ihm falsche Thatsachen unterbreitet, daß die Sperre über seine Fabrik nicht bestehe, zog er seine Unterschrift zurück.

Was wird nun seitens der Verbandsleitung zu geschehen haben? Die Sperre muß als Antwort auf den Boykott natürlich über die Firma L. Romeiß verhängt werden, wir müssen die Berufsgenossen warnen, dort Arbeit zu nehmen, wenn sie sich ihres Koalitionsrechtes nicht begeben wollen. In voriger Nummer führten wir ein Arbeitergesuch aus der „Rundschau“ auf, Nr. 3492 war die Forderung, „Nichtverbandsmitglied“ das Feldgeschrei. Wir frugen, wer diese werthe Firma wohl sein könne. Ist theilen die Gräfenrodaer mit, daß Firma Louis Romeiß, vormals Hyer u. Co., diese Suchende sei, es gehe das aus einer Aeußerung des Herrn H. hervor. Es ist also die Warnung vor Zuzug nach dort doppelt gut zu beachten.

Das frohe Fest der Pfingsten hat wieder einmal durch diese neueste Unternehmerhandlung seine Welthe erhalten; die Christlichen Feste werden dadurch der Arbeiterschaft in anschaulichster Weise in Erinnerung gebracht und wenn die Kirchen und Bethäuser nun nicht voll werden, die Gräfenrodaer Verbandsgegner sind nicht Schuld daran.

Selbstverständlich würden wir gerne auf alle Weiltätigkeiten verzichten und in nächster Nummer mittheilen, die Angelegenheit hat sich zur Zufriedenheit erledigt, wenn in letzter Stunde Herr Romeiß doch noch eine Verständigung, ein Verzichtleisten auf die verlangte Erklärung, aus dem Verbande auszutreten, beilieben würde. Hoffen wir das Beste!

— **Jimenaar.** Zu einer Arbeitseinstellung, wenn man es so nennen will, kam es am 13. Mai in der „Jimenaarer Porzellanfabrik-Aktiengesellschaft“. Die Ursache dazu war folgende: Den Malern wurden bis vor Kurzem 2 pSt. vom Lohn für Geschirrtrogen in Abzug gebracht, jedoch mußten sie sich die Arbeit meist selbst holen, wenn sie arbeiten wollten. Durch öftere Verhandlungen mit der Direktion und auf Einwirken des Fabrikspektors wurde dieser eigenthümliche Lohnabzug beseitigt. Um nun aber den entgangenen Gewinn von ca. 2000 Mk., den dadurch die Aktionäre gehabt hätten, wieder recht zu machen, wurde ein noch halbwegs lohnender Artikel von 1.75 Mk. auf 1.50 Mk. reduziert. Ferner wurden einige lohnende Artikel den Malern entzogen und den Lehrlingen und Mädchen in Arbeit gegeben. Hiergegen lehnten sich die Maler auf und verlangten den alten Preis und auch die ihnen entzogenen Artikel wieder in Arbeit zu bekommen; doch die Fabrikleitung ließ sich auf nichts ein. Die Brenner, welche schon lange mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden waren, benutzten ebenfalls die Gelegenheit und stellten Forderung auf Lohn-erhöhung, Bezahlung der Nachtarbeit unter Beibehaltung der Prämie für das Gelingen eines guten Brandes. Auch diese Forderungen wurden nach mehrmaliger Vorrede rundweg abgelehnt. Hierauf machten die Brenner kurzen Prozeß und ließen die Arbeit stehen. Zwei Tage stand der Betrieb im Brennhaus still. Jetzt erst sah die Direktion ein, daß es doch praktischer ist, mit den Leuten in geeigneter Weise zu unterhandeln, was auch in anerkennt-

werther Weise von beiden Theilen geschehen ist. Den Brennern wurde eine Lohnzulage von 1. 150 bis 2 Mk. bewilligt. Ferner wird die Nachtarbeit nach Stunden dem Tageslohn gleich gerechnet. Die Prämie wird auf 3 und 5 Mk. festgesetzt. Wenn man bedenkt, daß die Leute erst für Nachtarbeit überhaupt nichts erhielten außer der Prämie, und diese wurde in Abzug gebracht, wenn etwas gelbes Geschirr aus dem Ofen kam, so haben diese Leute einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt. Hoffentlich bleiben sie nun treue Mitglieder des Verbandes. Dieses Beispiel muß ihnen gelehrt haben, daß nur durch Zusammenhalt etwas geschaffen werden kann. Den Malern wurden die Zugeständnisse gemacht, daß der irrthümliche Abzug zurückvergütet wird. Mit einer Preiskommission soll Probe gemacht werden. Die entzogenen Artikel werden den Malern zu dem alten Preis in Arbeit gegeben. Die Arbeiten werden gleichmäßiger vertheilt und der Preis gleich bei Ausabe in das Lohnbuch eingetragen. Sämmtliche Zugeständnisse für Brenner und Maler sind selbst von der Fabrikleitung geschrieben und von beiden Direktoren unterzeichnet. Aus diesem Vorgang wird nun endlich die Direktion eingesehen haben, daß es vortheilhafter ist, die Wünsche der Arbeiter anzuhören und mit ihnen auf gütlichem Wege zu verhandeln. Unsere Mitglieder aber ersuchen wir, nichts zu unternehmen, was der Direktion Veranlassung geben könnte, die gegebenen Zusicherungen etwa nicht zu halten.

— Die Zahlstelle **Arzberg** giebt hiermit bekannt, daß bei etwaigem Engagement nach der Firma Reichel sich die betreffenden Genossen an die hiesige Zahlstellenverwaltung um Auskunft über dortige Verhältnisse wenden möchten. Die Zahlstellenverwaltung

— Von der Ortsgruppe der Union **Schwald** erhalten wir die Mittheilung, daß die Porzellanarbeiter bei der Firma Bloch in den Ausstand getreten sind, weil die Firma ihre Versprechungen nicht einhält. Es ist deshalb seitens der deutschen Porzellanarbeiter jeden Zuzug nach dort fernzuhalten.

— **Kolmar i. V. Maifester!** Welch erhebendes Gefühl erfüllt die Arbeiter aller Orte, wenn es gilt, die Vorbereitungen für diesen Feiertag, den W. l. f. e. r. t. a. g. der Arbeit, zu treffen. Daß es aber auch noch Leute giebt, Arbeiter giebt, die eine geplante Maifester vereiteln, diese Ehre können die Kolmarer Porzellanarbeiter für sich in Anspruch nehmen. Auf welchem Niveau sich die Mitglieder dieser Zahlstelle bewegen, darüber war schon in Nr. 2 der „Amse“ des laufenden Jahrgangs bewegte Klage geführt worden. Aber an Besserung der Zustände zu denken, weit gefehlt. — „Es ist recht nicht“, lautet die Parole dieser Auch-Mitglieder. Jetzt haben die Leute ihren Willen durchgesetzt. Das Dr. herpersonal tagt in einem **boykottirten Lokal** und der Vereinswirth wird so vernachlässigt, daß der sozialdemokratischen Partei das Lokal nicht mehr zur Verfügung steht. Aber damit nicht genug. Ein Vertreter der Glasmacher tritt mit der Zahlstelle in Verbindung, um gemeinsam eine Maifester zu arrangiren, wenn nicht am 1., so doch aber am 5. Mai. An der Feiertag wollten die Glasmacher von Uß und Gertraudenhütte theilnehmen, von Posen sollte ein Referent bestellt und die Versammlung angemeldet werden. So hätte Kolmar eine noch nie gesehene Demonstration am 5. Mai gehabt. — Die Porzellaner hatten jedoch anders beschlossen. Den Glasmachern wird geschrieben: nicht kommen, es ist nichts arrangirt. Nach Posen wird aber nichts geschrieben und so kam der Referent mit seiner Bezeichnung über die erfolgte Anmeldung, der Bürgermeister von

Kolmar, 1 Gensdarm und 2 Polizeibeamte; das war die ganze Maifester. Eines hat dieselbe großartig: den Geist, der in den Kolmarer Porzellanern steckt! Sie haben wenigstens ein einziges Mal nicht geheuchelt! J. G.

Anmerkung des Redakteurs. Wir glaubten, uns erst vor Aufnahme dieser Anlage zunächst an einen Genossen in Kolmar behufs eventueller Bestätigung des oben Mitgetheilten, wenden zu sollen. Es wird mitgetheilt, daß erst am 30. April der Vertrauensmann von Gertraudenhütte in Kolmar gewesen und Mittheilung über von Posen aus geplante Maifester in Kolmar gemacht habe. Die Zahlstelle sollte für Anmeldung, Referent und alles andere sorgen. Am Mittwoch habe Verwaltungssitzung stattgefunden, und wurde da eine Feiertag wegen der Kürze der Zeit abgelehnt, was nach Gertraudenhütte, wie verabredet, mitgetheilt worden sei. Von Posen sei vorher nichts mitgetheilt worden, sonst hätte der Betreffende auch Antwort erhalten.

Mitgetheilt wird noch, daß das Lokal, in welchem das Dreherpersonal verkehrt, nicht gerade boykottirt sei.

Daß bei dem ganzen, im Gegensatz zu früheren Zeiten, äußerst indifferenten Verhalten unserer Kolmarer Genossen eine Maifester nicht zu Stande gekommen, braucht nicht Wunder zu nehmen, daß man ebenfalls so wenig Rücksicht auf die Erhaltung eines Versammlungslokales nimmt, ist bedauerlich, jedoch werden die Genossen in Kolmar den Schaden hiervon selbst früher oder später empfinden. Es wäre vielleicht doch noch Zeit, alle die gemachten Fehler gut zu machen und wir ersuchen unsere Kolmarer Genossen, sofort daran zu gehen. Vielleicht erhalten wir recht bald erfreulichere Nachrichten über das Leben in der Zahlstelle, als wie die sind, die wir bei dieser Gelegenheit zu Hände bekommen und demnächst vielleicht davon Gebrauch zu machen gezwungen sind.

— „Der Volksfreund“, Nr. 108 vom 10. Mai (Dresden) ist uns per Kreuzband von irgend woher zugegangen. Die Nummer enthält eine Notiz über Mißstände in der Steingutfabrik **Förnewitz**. Für Verbandsmitglieder ist dieses höhere Institut für Steingutfabrikation gesperrt, man duldet Mitglieder dort nicht. Ob trotzdem noch einige Mitglieder dort in Arbeit sind, wissen wir nicht, eine Adresse, an die das Verbandsorgan ginge, haben wir wenigstens nicht. Es erscheint uns deshalb zur Zeit ganz übrig, auf die Mißstände dort in So newitz einzugehen; nach dem was wir bereits darüber geschrieben haben, dürfte nachgerade jeder Porzellan- und Steingutarbeiter genügend informiert sein über dortigen Verdienst, Verhandlung und Aussichten auf eine „Lebensstellung“.

— Die Porzellanfabrik **Kolmar** (Aktien-Gesellschaft) wird am 6. Juli d. J., Vorm. 9 Uhr durch das Amtsgericht Kolmar (Posen) „zwangsversteigert“. Die Fabrik hat 10 kleine Oefen mit zwei Stagen und 3.70 Meter Durchmesser, sowie einen großen Ofen mit drei Stagen und 6 Meter Durchmesser, dazu alle sonstigen Räume in guter Ausföhrung. Wer von den Porzellanarbeitern sich recht viel Geld gespart hat, kann mitbieten.

— Die Deutsche Steingutfabrik (vormals **Gabr. Hubbe**) **Neuhaldensleben** schließt ihr Geschäftsjahr mit einem Verlust von 55 989 Mk. ab. Der Rechenschaftsbericht berichtet über schwierige Verhältnisse, „wie sie in ähnlicher Schärfe kaum jemals in der Branche zu Tage getreten sein dürften“. Die Kohlenkalamität, die Steigerungen unentbehrlicher Rohmaterialien bis 50 pSt. (angenehm berührt es uns, daß man nicht auch, wie im allgemeinen üblich, die „erhöhten“ Arbeits-

löhne aufführt) hätten eine Nothlage geschaffen. Die Verkaufspreise in entsprechender Weise zu erhöhen, sei nicht möglich gewesen. Die auf die Preisvereinigung der deutschen Steingutfabriken gesetzten Hoffnungen seien dadurch vereitelt worden, daß eine größere Anzahl von Fabriken vor Abschluß der Konvention den größten Theil ihrer Jahresproduktion und darüber hinaus zu alten billigen Preisen verkauft haben. Eine Folge davon sei auch ein erheblicher Rückgang des Absatzes im Inlande gewesen.

Man sieht hieraus, daß es unter den Unternehmern auch Leute giebt, wie leider in noch viel größerer Anzahl unter den Arbeitern, die ihr eigenes Interesse nicht verstehen und gegen dasselbe handeln. Allerdings in dem einen Punkte, die Bekämpfung der solidarischen Bestrebungen der Arbeiter betreffend, da wird es keine Abtrünnigen geben, da sind die Unternehmer am allereinigsten.

Der Vorstand der **Union** giebt in Nr. 20 der „Solidarität“ bekannt, daß der vierte ordentliche Delegirtenstag der Union vom 11.—15. August d. J. in Teplitz abgehalten wird. Die Tagesordnung besteht in:

1. Erledigung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des Vorstandes, des Ueberwachungsausschusses und der Vertrauensmänner.
3. Organisation, Agitation und Geschäftsordnung (Beitrags- und Unterstützungswesen).
4. Arbeitsvermittlung.
5. Wahl des Vorstandes und der angestellten Vertrauensmänner, Wahl des Sitzes der Union, des Ueberwachungsausschusses und des Schiedsgerichts.
6. Anträge.

Die **Maffeter** wurde im westböhmischem Porzellanarbeiterbezirk in größerem Umfange als im Vorjahre begangen. Besonders in Altrohlaun scheint dieselbe (zumal am Nachmittag die Beerdigung eines wackeren Genossen, Johann Böhm, stattfand) imposant verlaufen zu sein.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— **Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes.** Die Belebung des Arbeitsmarktes zu Beginn des Frühjahrs hat eine Zunahme der Beschäftigten zur Folge gehabt. Bei den Krankentassen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind, stieg die Zahl der Mitglieder um 4,4 pCt. gegen 3,6 pCt. im gleichen Monat des Vorjahres. Diese Steigerung hat jedoch nur dazu gedient, die in den letzten Monaten gerissenen Räden ein wenig auszufüllen; denn im ganzen berechnet hat seit dem 1. Oktober die Zahl der Krankentassen-Mitglieder um 5,1 pCt. zugenommen, in diesem Jahre sich überhaupt kaum merklich (0,7 pCt.) vermehrt. Daß in der That der Arbeitsmarkt nach wie vor Ueberfüllung zeigt, tritt an den Arbeitsnachweisen zu Tage. Auf 100 offene Stellen kamen im April 141,4 Arbeitsuchende gegen 93,4 im gleichen Monat des Vorjahres. Uebereinstimmend berichten die Arbeitsnachweise, daß die Bauhäufigkeit, namentlich auch unter dem Druck des Hypothekemarktes, den gewohnten Frühlings-Aufschwung vermissen läßt. Zementfabriken, Ziegeleien, Kalkbrennereien, haben ihren Betrieb wesentlich reduziert. Neben den Bauarbeitern erscheinen dann namentlich die Metallarbeiter fortgesetzt als Arbeitsuchende; so an den Arbeitsnachweisen von Berlin, Hensburg, Göttingen, Bielefeld, W. Glabbach, Heidelberg, Obppingen, Neutlingen, München u. a. m. Der Beschluß des Reichstages, im Mai die Produktionsbeschränkung von 10 auf 20 pCt. zu erhöhen, läßt über den ungünstigen Gang im Eisengewerbe keinen Zweifel.

Der **Reichstag** ist durch kaiserliche Urkunde bis zum 26. November d. J. verlängert worden. Seine letzte Sitzung vor der Vertagung ist dadurch ganz besonders inter-

essant geworden, daß eine Stimme an der Beschlußfähigkeit fehlte und dadurch ein Antrag auf eine fünfzigprozentige Brennsteuerverhöhung (eine kleine Liebesgabe für die Agrarier) ins Wasser gefallen ist. Die Herren von der Rechten hatten wohl alles gethan um ihre Mannen zur Stelle zu haben, es half aber alles nichts, die Taktik der linken Seite des Hauses (es blieben nur einige wenige Abgeordneten der freisinnigen und sozialdemokratischen Partei im Saal) sprengte die Mehrheit der Liebesgabelsternen Herren. Wenn denselben nur auch beim Wiederzusammentritt des Reichstages in ähnlicher Weise der Zut bezüglich der Getreidezölle verdröben werden könnte.

— **Novelle zum Gewerbegerichts-gesetz und der neue Minister.** Wie der „Konfessionär“ meldet, hat sich vor kurzem der neue Handelsminister Möller in einer Versammlung rheinischer Industrieller dahin ausgesprochen, daß er seinen Einfluß im Staatsministerium gegen die Zustimmung zu der vom Reichstag beschlossenen Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz geltend machen würde.

Die Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz, die nur eine allerbescheidenste Ausgestaltung des bestehenden Gesetzes bedeutet, verliert durch diese Erklärung des neuen preussischen Handelsministers fast jede Aussicht auf Verwirklichung. Wenn der „nationalliberale“ Handelsminister Möller die winzige Reform verwirft, werden seine preussischen Ministerkollegen konservativer Herkunft ihm sicherlich nicht entgegenreten. Und wenn Preußen die Novelle ablehnt, ist ihr Fall im Bundesrath so gut wie besiegelt.

Herr Möller aber erweist sich durch die Ankündigung seiner ablehnenden Stellung zur Gewerbegerichts-Novelle als getreuer Diener des Zentralverbandes der Industriellen. Herr Möller hat den Ehrgeiz, ohne Verweilen den Beweis zu erbringen, daß er als Minister dieselbe Feindschaft gegen jede irgendwie ernsthafte soziale Reform bewahrt hat, die ihn zum Führer des nationalliberalen arbeiterfeindlichen Unternehmertums der rheinisch-westfälischen Großindustrie befähigt hat.

— **Der Lüggenosse.** Organ des Glasarbeiter-Verbandes, schreibt zum Glasarbeiterstreik in Schauenstein und Nienburg Folgendes: Von allen Seiten gehen uns die sogenannten provinziellen „Amtsblätter“ zu, in denen sich ein „Eingefandter“ befindet, der sich mit einer am 21. April d. J. in Ninteln stattgefundenen Glasmacher-Versammlung beschäftigt, in der Kollege Ströbig-Stralau referirte. Das scheint aber den Verbreitern dieses Machwerks noch nicht einmal zu genügen, sondern man hat den Artikel als Flugblatt drucken und an die Glasmacher der verschiedenen Gütten verbreiten lassen. Dieser Lügenartikel aber lautet:

„Am Sonntag, den 21. April, fand in Ninteln eine Glasmacher-Versammlung statt, in welcher deutlich zum Ausdruck kam, daß die Streiks in Obernkirchen und Nienburg resultatlos verlaufen würden, weil von Außerhalb nur noch geringe Geldunterstützungen einlaufen und deshalb die Glasmacher nachgehen müssen. Mit allerlei Nebenarten suchte der Redner, wieder ein fremder Hezapostel der Sozialdemokratie, die Glasmacher über den Verlauf des Streiks zu trösten, der den Fabrikanten einen neuen Beweis der Macht der Arbeiter geliefert habe. Thatsächlich ist das Ergebnis des Streiks ein ganz anderes: die Arbeiter sehen, daß sie mit zu weitgehenden Forderungen nicht durchkommen und sie sich allein nur schädigen, wenn sie auf das Organ gewissenloser Volksverführer hin das bis dahin bestandene gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern föhren u. d. damit

Hunderte von in geordneten Verhältnissen lebende Familien in Noth und Elend bringen. Vortheile von dem Streik haben bis jetzt nur die Agitatoren gehabt, die mit Spargroschen und Schwadroniren viel Geld verdient haben und durch die sogenannten Arbeitergrochen Monate lang ein bequemes Leben führten. Wollet die besonnenen Glasmacher hierüber nicht mal nachdenken? Weiter wurde in der Versammlung mitgetheilt, daß der jetzige Nachbarstadt verjogene Glasmacher W., welcher als Hilfskassirer für die Streikkasse thätig war, beim Einammeln des Geldes die Marken nicht ordnungsmäßig vertheilt und nachher geringere Summen an die Streikkasse abgeführt hat, als eingenommen sind. Sofort sprang der fremde sozialdemokratische Agitator ein und rief, diese Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen; die Sache müßte unterdrückt werden. Auch wir sind der Meinung, daß solche Sachen im Interesse der durch die sogenannten Arbeitergrochen gut bezahlten Agitatoren unterdrückt werden, denn wenn die Arbeiter erst erfahren, wie viele ihrer Arbeitergrochen auf solche Weise verschwinden, werden sie ihre Beiträge nicht mehr so opferfreudig zur Verfügung stellen, und die hohen Diäten für die Agitatoren könnten erheblich geschmälert werden eventuell auch ganz in Fortfall kommen, und das wäre für die Hezapostel sehr schmerzhaft. Wollen die Glasmacher auch darüber mal nachdenken? Friede nährt, Unfriede zehrt! Kein ehrwürdiger Glasmacher sollte eingebildeter Machtfragen wegen sich durch fremde Hezer verleiten lassen, seine und seiner Familie Existenz auf das Spiel zu setzen. Wie viele Spargroschen mag der Streik bis jetzt wohl schon aufgebraucht haben, die für Krankheit und zunehmendes Alter zurückgelegt waren, wie manche Familie, die bis dahin in behaglichem Wohlstande dahinlebte, muß jetzt wieder von Neuem anfangen. Fort mit solchen unmotivierten Streiks, die dem Arbeiter nichts nützen, im Gegentheil, seine materielle Lage nur schädigen und verschlechtern, wie es die bedenkliche Lage der Glasmacher in Obernkirchen zeigt!“

Die Thatsache allein, daß dieser Artikel die Kunde durch alle Preßzeugnisse gewöhnlicher Sorte macht, ist ein Beweis dafür, wie die Verbreitung von Thatsachen und Verbreitung von Lügen systematisch betrieben wird, um die streikenden Arbeiter wankelmüthig zu machen und die auswärtigen Kollegen zu bestimmen, keine Unterstützungen mehr zu leisten, damit dann natürlich die Streikenden erst recht dahin zu bringen, sich ihrem „Patriarch“ zu Füßen zu werfen. Und deshalb müssen wir das schwindelhafte Machwerk des Nintelner Schreibstiftens — den wir übrigens im Verdacht haben, daß er der dortigen Glasindustrie gar nicht so ferne steht — ein wenig niedriger hängen.

Es ist Schwindel, daß „deutlich“ zum Ausdruck kam, es gingen die Streiks verloren, weil von Auswärts nur noch geringe Unterstützungen einliefen; man rechnete nur mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Streiks noch nicht so bald beendet würden, daß aber nach Lage der Sache gar nicht daran gedacht werden könnte, daß sich die Streikenden bedingungslos unterwerfen.

Und bezüglich der Unterstützungen von Auswärts bräute man nur die Erwartung aus, daß die Kollegen mancher Orte mehr wie bisher ihre Schuldigkeit thun. Uebrigens strafen sie die von Woche zu Woche veröffentlichten Unterstützungen dem Schwindelmannoer des Nintelner Eintellers häreißend Lügen.

Zuf das gute Verhältnis“, das zwischen dem Fabrikanten Doy und der Firma Gumbly

und den Glasmachern bestanden haben soll, einzugehen, lohnt sich nicht, es findet in heutiger Nummer ohnehin seine Beleuchtung; auch nicht auf die schon tausendmal erhobene verleiherische Behauptung, die „Agitatoren“ mähteten sich von den Arbeitergroßen, verdienten mit Spazierengehen und Faulenzen viel Geld und was dergleichen Salbadereln mehr sind; wir könnten den Herrn ja einfach fragen, womit die Herren, für die er sich so sehr ins Zeug legt, wohl ihre Reichthümer „verdient“ haben und von denen sie nicht nur Monate lang, sondern ständig ein bequemes Leben führen? Aber den Schwindel, den der Herr wieder mit der Markengeschichte treibt, den wollen wir festnageln. Es handelt sich auch hier nicht um eine „Unterdrückung“ des Falles, sondern um die Mittheilung, daß der Fall noch nicht hinreichend aufgeklärt sei, und wenn sich eine absichtliche Schädigung des Verbandes herausstelle, würde der Schuldige herangezogen werden. So ist es schon jederzeit geschehen und wird immer geschehen, was jedenfalls dem Verband nur zur Ehre angerechnet werden muß, wenn er dergleichen Dinge nicht duldet. Es ist auch hier in unserer Organisation anders, als in den Kreisen der „honetten Leute“, wo, so lange es nur geht, über die größten Schwindeleien und Spitzbübereien der „Mantel der Liebe“ zu decken versucht wird, wenn nicht der Staatsanwalt selbst mit rauher Hand zugreift.

Um die „bedenkliche Lage der Glasmacher in Obernkirchen“ braucht der Herr von Rinteln auch nicht besorgt zu sein. Sie war schon von jeher so bedenklich, daß die Leute durch den Streik kaum etwas verloren haben. Ihre bewundernswürdige Ausdauer ist der beste Beweis dafür; und wenn die Nienburger Glasmacher und deren Frauen die gleiche Ausdauer besitzen, dann können die Heye und Stahl noch lange warten, bis die Glasmacher auf den Gimpellein gehen, der ihnen durch die fein berechneten Schwindelartikel der Provinzialpresse in diesen Portionen aufgetragen wird.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat soeben seine Abrechnung für das Jahr 1900 veröffentlicht. Der Verbandsvorstand schreibt hierzu:

Im Jahre 1900 hat der Verband laut vorliegender Abrechnung mit 576 Zahlstellen und insgesamt 70630 Mitgliedern abgeschlossen. Gegen das Jahr 1899 bedeutet dies eine Zunahme um 34 Zahlstellen und 2974 Mitglieder, gegen das 3. Quartal 1900 jedoch nur eine Zunahme um 2 Zahlstellen und einen Verlust von 3254 Mitgliedern.

Aufgenommen wurden im ganzen Jahre 39620 Mitglieder (gegen 45000 im Vorjahre), so daß 36646 Mitglieder durch Austritt, Streichung, Eintritt zum Militär, Todesfall zc. im Laufe des Jahres wieder verloren gingen. Da der gleiche Verlust im Jahre 1899 nur 28300 Mitglieder betrug, so ergibt sich bedauerlicher Weise für das letzte Jahr eine wesentliche Vergrößerung der Fluktuation der Mitglieder, anstatt daß eine Besserung in dieser Beziehung eingetreten sein sollte. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug insgesamt 755.

Nach der Jahresbilanz pro 1900 beträgt die Gesamtsumme der Beiträge 758030 Mk., gegen 561322 Mk. im Jahre 1899, also ein Mehr von 196708 Mk. Da die durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres 73972 beträgt, so entfällt auf das einzelne Mitglied eine Beitragssumme von 10,25 Mk., gleich 87,6 pCt. des Vollbeitrages.

Die Extrabeiträge haben eine Gesamtsumme von 122629 Mk. ergeben, somit pro Mitglied 1,65 Mk., im Vorjahre nur 34288 Mk. oder pro Mitglied 54 Pf.

Entsprechend der erhöhten Einnahme sind auch die Jahresausgaben durchweg gestiegen, und zwar die Reiseunterstützung von 23729 Mk. im Jahre 1899 auf 35885 Mk., d. h. um 51 pCt., Gemäßregeltenunterstützung von 3560 Mk. auf 7580 Mk., d. h. um 114 pCt., Nothfallunterstützung (Sterbegeld) von 5857 Mk. auf 10400 Mk., d. h. um 77 pCt., Umzugsunterstützung von 4737 Mk. auf 7947 Mk., d. h. um 67 pCt., Streitunterstützung aus der Hauptkasse von 229651 Mk. auf 653017 Mk., d. h. um 184 pCt., Rechtschutz von 5585 Mk. auf 8105 Mk., d. h. um 45 pCt., Agitation von 25795 Mk. auf 28836 Mk., d. h. um 11 pCt., Gehälter zc. von 13763 Mk. auf 14958 Mk., d. h. um 8 pCt. (infolge der Gehaltserhöhung durch den Verbandsausschuss), Druckfachen zc. von 14902 Mk. auf 23535 Mk., d. h. um 58 pCt. (infolge Einführung neuer Mitgliedsbücher für sämtliche Mitglieder, Druck neuer Statuten, Zeitfaben, Verbandstagsprotokolle zc.), sonstige Verwaltungskosten von 5716 Mk. auf 6746 Mk., d. h. um 18 pCt.

Die Gesamtausgabe pro 1900 betrug 1230739 Mk. gegen 588136 Mk. im Vorjahre, also eine Steigerung um 109 pCt.

Da der Ausgabe nur eine Einnahme von 1108954 Mk. gegenübersteht, so ergibt sich eine Mehrausgabe von 121784 Mk., gegenüber einer Mehreinnahme von 55036 Mk. im Vorjahre.

Von den während des Münchener Streiks aufgenommenen Darlehen in Höhe von 136000 Mk. verblieben nach erfolgter Rückzahlung von 99000 Mk. noch 37000 Mk. am Jahreschluss zu decken übrig. Diesen 37000 Mk. Schulden stehen jedoch als Vermögensgegenstände des Verbandes gegenüber:

Streikdarlehen	33500 Mk.
Bestand am 1. Januar 1901	130526 „
Zusammen	164026 Mk.

Hierzu kommt noch ein Gesamtvermögen der Lokalkassen der einzelnen Zahlstellen in Höhe von 158755 Mk.

Folglich insgesamt . 322781 Mk.

Trotzdem aber ist das Ergebnis der Jahresbilanz, im Ganzen betrachtet, kein befriedigendes, sowohl in Bezug auf die Mitgliederzahl als auch auf die Gestaltung der finanziellen Lage.

Was das Erstere betrifft, so wird es Aufgabe aller Verbandsfunktionäre und in letzter Linie aller Mitglieder sein, die Agitation für die Ausbreitung des Verbandes fortan um so eifriger zu betreiben, je mehr die Ungunst der Zeitverhältnisse derselben Hinterasse in den Weg legt, damit ein weiteres Zurückgehen der Mitgliederzahl verhütet wird.

Dagegen ist die eingetretene Verminderung des Rassenvermögens wenn auch an sich bedauerlich, so doch keineswegs geeignet, nutzlos zu machen. Im Gegentheil darf es alle Mitglieder mit Befriedigung erfüllen, daß es dem Verband möglich war, die horrenden Kosten der vorjährigen Lohnbewegung mit ihrem gewaltigen Umfange in geschickter Weise ohne größere Schwierigkeiten zu decken.

Es war eine Kraftprobe, welche der Verband im Jahre 1900 zu bestehen hatte. Und so wie er diese Probe bestanden hat, wird er zweifellos auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen, zum Wohle aller Verbandsmitglieder.

Unsere „Schwäger“, die Töpfer und die Glasarbeiter halten zu Pfingsten ihre Generalversammlung ab. Erstere in Magdeburg, letztere in Pärth.

Rechtsprechung. Der Arbeiterin J. wurde vor einiger Zeit in einer Kartonnagenfabrik das Endglied des rechten Zeigefingers

durch die Diegemaschine abgequetscht. Die ihr für diesen Unfall zuletzt gewährte Rente von 10 pCt. der Rente für völlige Erwerbsunfähigkeit wurde durch Bescheid der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft später eingestellt. Das Schiedsgericht bestätigte den Einstellungsbescheid. In dem rechtzeitig eingelegten Rekurs machte die Klägerin geltend, daß sie gelernte Buchmacherin sei und durch die Verstümmelung des rechten Zeigefingers zu der in diesem Erwerbszweig nöthigen feinen Arbeiten unfähig, aber auch bei sonstigen Handarbeiten und wirtschaftlichen Verrichtungen erheblich behindert sei, sie beantragte daher Wiedererstattung der eingestellten Rente. Die Genossenschaft beantragte Zurückweisung des Rekurses. Diesem Antrag ist aus folgenden Gründen stattgegeben worden: Das Reichsversicherungsamt hat sich auf Grund des Gutachtens des Dr. R. und des Augenscheins der Auffassung des Schiedsgerichtes angeschlossen, daß die Klägerin durch den Verlust des Ringgliedes ihres rechten Zeigefingers nicht mehr in nennenswerther Weise in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Allerdings mag sie zu feineren Näh- oder Bucharbeiten mit dem verletzten Finger nicht im Stande oder in Ausübung solcher Kunstfertigkeiten erheblich behindert sein. Derartige Kunstfertigkeiten, für die sie in dem Betrieb, in dem sie verunglückte, keine Verwerthung hatte, kommen aber für die Erwägung, ob ihre Erwerbsfähigkeit im Allgemeinen herabgemindert ist, nicht in Betracht. Bei der günstigen Lage der Narbe außerhalb der Greiffläche und der vollen Bewegungsfähigkeit des Fingers, dessen Stumpf nicht mehr druckempfindlich ist, kann das Fehlen des Ringgliedes die Klägerin in solchen Arbeiten, die sie früher in der Fabrik verrichtet hat oder in anderer Beschäftigung, die nicht gerade besondere Fingerbewandtheit verlangt, nicht erheblich behindern. Gewisse Unbequemlichkeiten, die sie noch jetzt im Gebrauch des Fingers empfinden mag, werden sich voraussichtlich im Laufe der Zeit durch Gewöhnung verlieren und lassen nicht die Annahme einer wirklichen Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit zu, ebensowenig kann das Fehlen des Ringgliedes als augenfällige Entstellung aufgefaßt werden, welche die Erwerbsfähigkeit der Klägerin nachtheilig beeinflussen könnte. „Bayer Ztg.“

Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin 1900. Der Geschäftsbericht dieser Kasse, die rund 60000 Mitglieder zählt, wirft interessante Streiflichter auf die Gestaltung unseres Krankenkassenwesens. So wird mitgetheilt, daß die weiblichen Mitglieder die Kasse im Verhältniß mehr als die männlichen belasten; als Ursachen dafür werden die schlechtere Entlohnung, die mangelnde Sitzgelegenheit, die unzweckmäßige Kleidung zc. angegeben. Hauptsächlich bringt die am 1. April 1901 in Kraft getretene Verordnung über die Beschaffung von Sitzgelegenheit in Läden eine Wendung zum Besseren. Der Bericht bedauert aber, daß diese Verbesserung sich nur auf die Ladengeschäfte erstreckt, die gleichen Uebelstände aber in den Engros- und Jadrillgeschäften weiterbestehen. 470 Patienten wurde die Möglichkeit gewährt, Landaufenthalt zu nehmen resp. Kurorte aufzusuchen, 56 Patienten fanden mit Hilfe der Kasse zusammen 400 Wochen in Heilstätten Aufnahme. Die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalt geht daneben einher, die Unterbringung in Heilstätten durch sie begegnet häufig Widerstand bei den Kranken, da nach den neueren Bestimmungen den Familien solcher Kranken häufig eine geringere Unterstützung gewährt wird, als vor Inkraft-

treten des Gesetzes. Es macht sich daher eine weitere Fürsorge der Landesversicherung notwendig, insbesondere wird gefordert, daß die Anstalt Berlin Invalidenhäuser für unheilbare Schwindsüchtige errichtet, da bei den traurigen Wohnungsverhältnissen Berlins sonst eine Eindämmung der Seuche nicht zu erwarten ist. Der Aufenthalt in Erholungsstätten muß an die Stelle des Spazierengehens in den Straßen treten. Der Verein gab 533 Wöchnerinnen Unterstützung in Höhe von 11 173 Mk. Besondere Beachtung verdient das Anwachsen der Ausgaben für Arznei allein — für das erkrankte Mitglied betrug diese Ausgabe 7,29 Mark, während die Ausgaben für Milch, Käse und Wein abgenommen haben. Darum beteiligt sich die Kasse auch an dem Kampf gegen die Apotheken. Die Einführung der Familienunterstützung ist bisher an dem Widerstand der Vereine der Kassenärzte gescheitert, die bei jedem Pauschale für Familienversicherung das Honorar für die ärztliche Leistung als durchaus ungenügend bezeichneten, obwohl bereits auch aus Rzyterungskreisen auf die Notwendigkeit einer obligatorischen Familienunterstützung hingewiesen wurde. Sehr verdienstvoll sind die Bemühungen der Kasse, eine Wohnsperre ihrer erkrankten Mitglieder aufzunehmen. Das gewonnene Material ist noch nicht aufbereitet, es zeigt sich aber bereits doch die Tatsache, daß ein Teil der Kranken sich in so schlechten, unwürdigen Wohnungsverhältnissen befindet, daß ein Weiterverbleiben gleich bedeutend mit einem mehr oder minder raschen Verfall des Patienten ist. Nicht selten sind die Fälle, wo Kranke, besonders solche, welche in Schlafstellen hausen, in dunklen, feuchten und oft gar nicht heizbaren Räumen leben, noch häufiger wohnen Lungentranke mit zahlreichen Familienmitgliedern in kleinen unzureichenden Zimmern zusammen und theilen noch oft miteinander das Bett, sodaß sie eine fortwährende Gefahr für ihre ganze Umgebung bilden. Die Wohnungsverhältnisse Berlins werden sich ja leider in wenigen Jahren kaum erheblich bessern lassen. So können die von der Zentralkommission der Krankenassen Berlins ins Leben gerufenen hygienischen Vortragskurse wohl Aufklärung in hygienischer Beziehung schaffen und manche Erkrankung verhüten helfen, eine wirkliche Gesundung wird aber ohne Hebung des Wohnungselends nicht möglich sein. Der Bericht und seine Tabellen geben ein Bild von der umfangreichen und nützlichen Tätigkeit, die eine tüchtige Selbstverwaltung auch auf diesem Gebiete zu leisten vermag.

Versammlungsberichte etc.

Fürstberg a. Moser. Die am 13. d. Mts. im „Hotel“ abgehaltene Zahlstellen-Versammlung war mäßig besucht. Nach Erledigung des Geschäftlichen wurde unter Anderem beschlossen, ein Sommervergnügen abzuhalten und wurde zur Arrangierung desselben eine Kommission gewählt. Ferner wurden aus dem 15 pSt.-Fond den ausgesperrten Genossen 20 Mark bewilligt. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, in der hervorgehoben wurde, daß manche Zahlstellen, die sonst immer das große Wort führten, recht wenig in dieser Beziehung thäten; zu eventuellen Sparmaßnahmen wäre wirklich der 15 pSt.-Fond nicht geschaffen und von einer allzugroßen Agitation für den Verband wäre auch nicht viel aus der „Welle“ zu erwarten. Seit Bestehen des 15 pSt.-Fonds habe diese Zahlstelle eine Einnahme von 280 Mk. 22 Pf. und eine Ausgabe von 254 Mk. 75 Pf. Dextere sind hauptsächlich nur für gemäßigete Mitglieder an den Hauptvorstand gelangt. Trotzdem wurde aber dennoch die Agitation von uns nicht aus dem Auge gelassen. Ein Antrag, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, wurde angenommen, und soll ein Vortrag über Alters- und Invaliden-Versicherung gehalten werden, indem in dieser Angelegenheit noch eine große Unwissenheit vorherrscht. Als Referent ist der Reichstagsabgeordnete des hiesigen Kreises Genosse Richard Calver in Aussicht genommen.

Freienoria. In der am 18. Mai stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung wurde nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten eine Beschlusse des Mitgliedes H. 13 563 zur Diskussion gebracht. Mitglied war seinerzeit mit unter den in Rahlia (Firma Lehmann) Gemahregelten und wurde ihm damals vom 21. März ab auf 4 Wochen Differenz-Unterstützung angewiesen. Mitglied hat sich damals in vollkommen genügender Weise um Arbeit bemüht, aber leider von den ganzen Anträgen nach Arbeit nur einmal Antwort bekommen. Der Vorstand hatte nun beschlossen, dem Mitgliede keine weitere Unterstützung vorläufig anzuweisen. (Nicht der Verbands-Vorstand, sondern der Verbandschriftführer hatte die Weiterzahlung der Unterstützung sistirt, weil er Nachweise über Bemühung nach Arbeit vom Mitgliede H. nicht genügend hatte. Inzwischen hat der Vorstand (Sitzung vom 17. Mai) die Unterstützung auf weitere 2 Wochen bewilligt, womit die Angelegenheit wohl erledigt sein dürfte. D. Red.) Die Zahlstelle ist nun der Meinung, daß der Vorstand doch genügend orientirt sein dürfte, um zu wissen, daß gemahregelte Mitglieder nicht groß auf Antwort, geschweige auf baldige Kondition rechnen können; wir leben eben im Zeitalter des Kapitalismus. Die schwarzen Listen spielen eine große Rolle. Wie soll ein Mitglied Nachweise erbringen, wenn es keine Antwort bekommt? Hier heißt es, wo her nehmen und nicht fehlen. Die Zahlstelle ist empört über das Verhalten des Vorstandes und ist der Meinung, wenn man nicht einmal gemahregelte Mitglieder über Wasser halten will, man dann überhaupt keine Organisation braucht. Mit solchem Verhalten unterstützt man doch nur die Gegenpartei, indem man die Mitglieder in ihrem Streben schwächt. Die Versammlung beschließt, den Schriftführer zu beauftragen, sich in dieser Sache mit dem Vorstande in Verbindung zu setzen, respektive die Anweisung der fehlenden Unterstützung sofort zu fordern und das heutige Protokoll zu veröffentlichen. Der Vorstand schließt die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, die Extrabeträge recht pünktlich zu zahlen, damit der Verband lebensfähig bleibt.

Gotha. Am Sonnabend, den 11. Mai fand die ordentliche Zahlstellen-Versammlung im Restaurant „Zur Erholung“ statt. Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, erstattete die Gewerkschafts-Kartelldelegierten Bericht über den Vortrag des Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Rod, die Errichtung eines Arbeitersekretariats für Gotha betreffend. Die Diskussion ergibt, daß die Porzellanarbeiter mit der Errichtung eines Sekretariats einverstanden sind und gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute, am 11. Mai, in der „Erholung“ tagende Porzellanarbeiter-Versammlung nimmt mit Befriedigung von dem Vorhaben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Errichtung eines Arbeitersekretariats zu bewirken, Kenntnis und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß die Herzoglich Gothaische Regierung die Mittel hierzu der Gothaischen Arbeiter-Schaft zur freien Verfügung stellen wird. Sollte die Regierung sich jedoch ablehnend verhalten, sind auch die organisierten Porzellanarbeiter bereit, die Mittel zur Errichtung eines Arbeitersekretariats mit aufzubringen.“

Punkt 2; Quartalsabschluss pro 1. Quartal 1901. Der Kassier verliest den Abschluß und erklärt die Revisoren, daß sie den Abschluß geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben. Hierauf wird dem Kassier Decharge erteilt. Extrakter für die ausgesperrten Porzellanarbeiter in Gräfenzode ist von der Zahlstelle Gotha 253,94 Mark aufgebracht worden.

Punkt 3; Vortrag des Kollegen D. über: „Die Porzellanindustrie und die Lage der Arbeiter.“ Kollege D. leitete seinen Vortrag mit einem geschichtlichen Rückblick auf die Erfindung des Porzellans ein, die Erbauung der königl. sächsischen Meißener Fabrik, der königl. preussischen in Berlin, der kurfürstl. in Fürstberg (Weser) be. etc. Die nach und nach entstandenen Fabriken machten durch die Neuheit ihres Fabrikates ein gutes Geschäft, und zahlten auch den Arbeitern einen sehr guten Lohn, betrachteten sie als Künstler. Die damaligen Porzellanarbeiter brauchten nicht so intensiv zu arbeiten als unsere jetzigen, sie konnten je nach Belieben ausfahren, reiten oder spazieren gehen, ja, sie hatten sogar das Recht, Degen (und Schnallenschuhe d. Red.) zu tragen. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre bildete sich eine große Konkurrenz durch Errichtung vieler neuer Porzellanfabriken, die auch zugleich darauf hinwirkten, die Arbeiter in ihrem Verdienst zurückzudrängen. Die Arbeiter versuchten Bildung von Vereinigungen, zuerst durch Errichtung des Gewerkschaftsvereins der Porzellanarbeiter ihre Lage auf der Höhe der Zeit zu erhalten, bis nach und nach mehrere Absonderungen in kleinere Verbände traten. Anfang der neunziger Jahre erfolgte dann der Zusammenschluß in den so viel gebildeten „Berliner Verband.“

Diesem gegenüber versuchten nun die Fabrikanten weltliche Arbeitskräfte in die Porzellanindustrie heranzuziehen, welches ihnen auch gelang; so daß heute ein sehr großer Teil weltlicher Arbeitskräfte in den Porzellanfabriken vorhanden ist. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden, wenn die Arbeiterinnen nur mit den Arbeitern Hand in Hand gingen und auf besserer

stellung ihrer Lage mit hinwirkten. So lange die Arbeiterin der Organisation fern bleibt, wird sie immer die eigene Vertreterin ihres Familienglücks sein. Betrachtet man uns nun die allgemeine Lage der Porzellanarbeiter, so wäre zuerst die Pabstifikation des Reichsgesundheitsamts zu erwähnen, wonach eine aus fünf Köpfen bestehende Familie für ihre Lebensmittel (18 Mk.) benötigt ist, um nur ein einigermaßen erträgliches Dasein fristen zu können, aber da eine Familie noch eine ganze Reihe anderer Bedürfnisse hat, so müßte der wöchentliche Lohn mindestens 30 Mk. betragen.

Wie stellen sich nun unsere Porzellanfabrikanten zu diesem? Nicht selten sind die Arbeiter gezwungen, ihren jetzigen minimalen Lohn sowie Arbeitsverhältnis zu verteidigen. Viele Fabrikanten wollen noch nicht einmal den Arbeitern ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht ausüben lassen, wie uns der Fall Herne und Konsorten in Gräfenzode bezeugt. Würden die Arbeitgeber-Vereinigungen konsequent handeln, so dürften sie nicht dulden, daß ein Angehöriger des Verbandes das Recht, was er für sich in Anspruch nimmt, seinen Arbeitern verweigert und sie deshalb aussperrt. Betrachtet man uns die in einem Teil der Porzellanfabriken herrschende Arbeitszeit, so finden wir, daß die Arbeitszeit oft eine sehr lange ist und 12, 14 ja sogar 16 Stunden noch gearbeitet werden muß, um bei den gedrückten Preisen einen halbwegs auskömmlichen Verdienst zu erzielen.

In sanitärer und hygienischer Beziehung verhält es sich genau so wie bei der Arbeitszeit; so erklärt der Fabrikinspektor, Baurath Bracht in Rudolstadt, in seinem Bericht, daß die Lungentuberkulose unter den Porzellanarbeitern in erschreckender Zunahme begriffen ist und rät den Porzellanfabrikanten an, in hygienischer Beziehung mehr zu thun, zumal es nur den Fabrikanten zu gute kommt, wenn ein gesunder, kräftiger Arbeiterstand erhalten bleibt.

Kollege D. theilt noch mit, daß in überseeischen Ländern, wie Australien und Amerika, der Achtstundentag eingeführt ist; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist es den Privatunternehmern, welche für Staatswerkstätten arbeiten, bei Strafe verboten, ihre Arbeiter länger als 8 Stunden zu beschäftigen.

An der Diskussion beteiligten sich zwei Kollegen, die aber neues auch nicht vorzubringen wußten. Dem Kollegen D. wurde für seinen ausgezeichneten Vortrag ein lebhaftes Bravo sowie der Dank der Versammlung zu theil. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Zahlstellen-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen D. einverstanden und bedauert aus tiefster Seele, daß uns noch so viel unorganisierte Berufsgruppen gegenüber stehen und daß diese nicht begreifen, daß nur durch die Organisation es möglich ist, die gegenwärtig gedrückte Lage der Porzellanarbeiter zu verbessern.“

Mit einem Antrag Hüntensteinach erklärt sich die Zahlstelle einverstanden, es ist danach bereits gehandelt worden. Hierauf wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Margarethenhütte. Am Sonntag, 12. Mai fand in Bremen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher ein scharfer Protest gegen die beabsichtigten Getreidehöfe zum Ausdruck kam. Herr Karl Sandermann aus Dresden referirte vor einer zahlreichen Besucherzahl und wurde eine Resolution, in welcher Stellung gegen die „Liebesgaben“, mit der das Volk beglückt werden soll, angenommen. Unfreudlicherweise kann mitgeteilt werden, daß die organisierten Porzellanarbeiter alle, bis auf einen, der auch die Zahlstellen-Versammlungen sehr selten besucht und dafür lieber sein Nicht in Altimbureinigen leuchten läßt, anwesend waren.

Pforzheim. Sonntag, den 1. Mai fand der Ausflug der Zahlstelle Pforzheim nach Weingarten bei herrlichem Wetter statt. Nach kurzer Fahrt und einem 1 1/2 stündigen Weg zu Fuß in Weingarten angekommen, wurden wir von einigen Kollegen empfangen. Vormittags wurde noch ein kleiner Spaziergang gemacht und den Nachmittag verlebten wir mit den dortigen Kollegen, welche sich recht zahlreich eingefunden hatten, in fröhlichster Stimmung. Bei Klavier- und Bläserpiel, Gesang, komischen Vorträgen und ernstem Ansprechen vergingen die Stunden leider zu schnell. Hervorgehoben wurde allseitig das Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl innerer zu pflegen und in Zeiten der Noth und Gefahr fest zusammenzustehen. Gerade jetzt ist der Verband hoch zu halten, damit die jetzige Noth desto besser überwunden wird. Bei der Trennung gaben uns die Kollegen von Weingarten das Versprechen, unsern Besuch durch einen Ausflug nach Pforzheim zu erwidern. Auf fröhliches Wiedersehen.

De Schappel. Am Montag, den 13. d. Mts. hielt die hiesige Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab. Ueber die Pabstifikation in Paris im Jahre 1900 referirte Genosse Sandermann-Dresden. Eine Debatte über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Nur zu bedauern, daß bei einem so interessanten Vortrag nicht sämtliche organisierte Kollegen vertreten sind. Zum Punkt Gewerkschaftliches brachte Kollege Hammer seine schon vor einem halben Jahre ausgeführte persönliche Sache wieder zum Vorschein. Daß die anderen Kollegen von dem, was

Hammer ausführte, nichts wissen wollten, bewiesen sie damit, daß einer nach dem andern das Total verließ und Hammer zuletzt nur noch mit dem Bureau allein dort saß. Somit war der Vorsitzende gezwungen, die Versammlung zu schließen.

Wittenberg (Vertrauensmänner-Konferenz des 2. Agitations-Bezirks am 28. April in Rosslau) Die Konferenz wurde um 1 1/2 Uhr durch den Vorsitzenden der Agitations-Kommission Genosse W. mit einer Begrüßung der erschienenen Vertrauensmänner eröffnet. Vertreten waren die Zahlstellen: Wittenberg, Rosslau, Magdeburg-Buckau, Annaburg, Alt- und Neuhaldensleben, außerdem waren noch einige Mitglieder der Rosslauer Zahlstelle erschienen. Die Tages-Ordnung lautete: 1. Bericht der alten Kommission; 2. Aufnahme der Agitation im Bezirk; 3. Bericht über örtliche Verhältnisse; 4. Verschiedenes. Punkt 1 wurde übergangen, weil nichts Wesentliches zu beraten war. Hierauf wurde zu Punkt 2 geschritten, wozu Genosse W. Folgendes zur Sprache brachte: Es sei vor Allem nötig, daß die Vertrauensmänner die Hilfsarbeiter zu überzeugen suchen, sich zu organisieren; ebenso sei es Pflicht eines jeden Mitgliedes, etwas dazu beizutragen und es wäre zweckmäßiger, die Agitation durch Flugblätter zu betreiben, vielleicht erzielen wir dadurch mehr Erfolge. Damit waren alle Anwesenden einverstanden. Es wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die heutige Vertrauensmänner-Konferenz in Rosslau ist der Ansicht, daß die Lausitz der Kollegen auf alle Fälle beseitigt werden muß. Der Beruf der Porzellaner ist einer, der äußerst mißliche Arbeitsverhältnisse aufweist und haben wir alle Ursache an einer Besserung dieser Verhältnisse zu arbeiten; es soll sich deshalb ein jeder Verbands-genosse zur Pflicht machen, die Besammlungen zu besuchen, sich aus den wirklichen Arbeitstättern über alle Vorkommnisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu informieren und auf diese zu abonnieren und die noch nicht organisierten Kollegen der Organisation zuzuführen. Wenn ein jeder Verbands-genosse in diesem Sinne seine Pflicht thut, so werden wir bald bessere Erfolge aufweisen und anderen Gewerkschaften nicht nachstehen. Ein Jeder solle sich übrigens ein Beispiel an den Unternehmer-Verbänden nehmen“. Zu Punkt 3 wurden örtliche Verhältnisse besprochen und dabei stellte sich heraus, daß es so ziemlich überall ein und dieselben sei, oder weniger mißlichen sind; sonst erledigte sich der Punkt ohne größere Debatte. Zu Punkt 4 wurden noch einige kleine Angelegenheiten erledigt, und der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Delegierten, daß ein Jeder seine Pflicht thue. Die Sitzung wurde um 1/2 6 Uhr geschlossen.

Literarisches.

— Soeben erschien im Verlage von Jos. Czegowsky, Posen, **Fort mit den Getreidehülten**. Eine Erwiderung von Adolph Bendit. Preis 20 Pfg.

— **Frauenarbeit und Hauswirtschaft**. So heißt sich die neueste Parteilchrift, welche die Buchhandlung Vorwärts in Berlin soeben erscheinen ließ. Die Genossin Lily Braun erörtert darin eine Frage, die Beobachtung innerhalb der Partei da und dort auf Widerspruch stoßen wird, wie er auch bereits in Berlin in einer Versammlung sozialdemokratischer Frauen und Mädchen laut geworden ist. Sie betont in einem Vorwort ausdrücklich den persönlichen Charakter der von ihr gestellten Frage, deren Lösung von Bebel in seinem Buche über die Frau zwar für die künftige Gesellschaft als selbstverständlich hingestellt, von Lily Braun aber für weitere Kreise der Partei als bereits heute durchführbar erörtert wird. Der Werth dieser Streitschrift wird dadurch erhöht, daß Lily Braun den kulturhistorischen und sozialen Untergrund der ganzen Frage in den Kreis ihrer Betrachtung zieht: die Entwicklung der Hauswirtschaft, die Ausbreitung der Frauenarbeit und ihre Folgen, der Gegensatz der bürgerlichen Frauenarbeit zur proletarischen, die Frage der Privathilfe und Staats-hilfe, die Wirtschaftsgenossenschaft und die Wirkungen der hauswirtschaftlichen Reform. Damit hat die Schrift einen Agitationswerth erhalten, der über den Kreis der eigentlichen Streitfrage: der Wirtschaftsgenossenschaft, hinausragt und ihre allgemeine Verbreitung wünschens-werth erscheinen läßt. Der Preis beträgt 50 Pfg. im Buchhandel. Für Agitationszwecke ist eine billige Ausgabe zu 20 Pfg. hergestellt.

— Der „**Süddeutsche Postillon**“ bringt in seiner neuesten Nummer wieder eine Reihe höchst zeitgemäßer und humorvoller Darstellungen. Titel und Schlußbild sind vollendete Leistungen aus dem Gebiete der politischen Karikatur. Die gesellschaftliche Satire ist ebenso meisterhaft vertreten in dem Bilde: Der Agrarier in der Hauptstadt. Auch der letzte Theil stellt sich diesen hervorragenden Illustrationen würdig zur Seite. Der in jeder Hinsicht interessante und amüsante Inhalt der Nummer ist besonders geeignet den Lesern febrile Stunden zu bereiten und dem „Südd. Postillon“ neue Freunde zu gewinnen.

— „**In Freien Stunden**“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften zu 10 Pfg. Die Lieferungen 15—19 enthalten die Fortsetzung des fiktiven- und handlungssreichen und von dem Münchener Meisterhaft illustrierten und Charakterisirung Meisterhaft illustrierten Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und den Anfang der totalischen Novelle Fortunatus, eine spannende Geschichte aus der Zeit der ungarischen Judenverfolgungen. Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek immer wieder empfehlen und ihnen nur anrathen, in Bekanntenkreisen für weitere Verbreitung zu agitieren.

Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post zum Vierteljahrspreis von Mk. 1.20, Postzeitungskatalog Nr. 3623) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pfg.-Hefte an. Wir empfehlen unseren Lesern dringend das Abonnement.

Adressen-Nachtrag.

Arzberg. Beis.: Martin Wächter, Dreher, Anger 191.
Darmstadt. Revis.: Friedrich Göbel, Arheiligen bei Darmstadt.
Elsterwerda. Revisor: Karl Fränzel, Maler, Berlinerstr. 296.
Marktleuthen. Vors.: Heinrich Röhling, Schrift-führer: W. Fabig, beide Maler.
Ohrdruf. Vors.: Johann Roth, Brückeng. 29.
Pforzheim. Kass.: Richard Benus, Gewerkschul-strasse 4.

Versammlungskalender.

Berlin II. Sonnabend, 1. Juni, Abends 8 Uhr bei Wollschläger (Koll), Adalbertstr. 21. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Verschiedenes. Zahlabend sind bis auf Weiteres jeden Sonnabend ebendaseibst.
Blankenhain. Sonnabend, 1. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Frankfurt a. D. Sonnabend, 8. Juni im Vereinslokal „Akademische Bierhalle“.
Gräfenroda. Sonnabend, 25. Mai, Abends 8 Uhr im Wächters Gasthof. Bericht der Agitations-Kommission des 8. Bezirks. Außerdem sonstige wichtige Tagesordnung, deshalb haben alle Mitglieder zu erscheinen.
Kahla. Sonnabend, 1. Juni, Abends 8 Uhr im Rosengarten.
Kahle. Sonnabend, 25. Mai, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal. Zahlen der Beiträge. Wer länger als 6 Wochen restirt, ohne Stundung nachgesucht zu haben, wird zur Abmeldung gebracht.
München. Sonnabend, 1. Juni, im Restaurant „Zur Klinik“, Ecke Schiller- und Findlingstraße. Tages-Ordnung: Vortrag des Gen. Götzfried. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Die Nymphenburger Kollegen werden ebenfalls ersucht, zu erscheinen.
Neuhaus a. H. Sonnabend, den 25. Mai bei Großmeier. Bericht über die Agitations-Versammlung. Der Quartalsabschluss wird am Sonntag fertiggestellt, weshalb Restbeiträge zu entrichten sind, sonst Streichung.
Regensburg. Sonnabend, 1. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. (Sämmtliche Mitglieder wollen pünktlich erscheinen.)

Anzeigen.

Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Münzen, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramme Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pf. angokausf. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.
Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmieds- und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte. Aeltest-Geschäft dieser Art.

Goldschmiede
goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadlum, Thür.



Potschappel. Sonntag, den 9. Juni 1901, Nachmittags 1/2 2 Uhr

Parthie nach Spechtritz

durch den Rabenauer Grund. Hieraus ein Gänzchen. Sammelplatz im Gasthof zu Hainsberg. Abmarsch 2 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich dazu zu beteiligen. Die Vertrauensleute.

Die Zahlstelle Berlin-Moabit feiert am 22. Juni dieses Jahres ihr

31. Stiftungsfest

in dem Lokal „**Arminius-Hallen**“, Bremerstr. 72. Erste und komische Vorträge, Tanz etc. Die organisierten Porzellanarbeiter von Berlin, Charlottenburg und Umgegend werden ersucht, sich daran beteiligen zu wollen. Biletts sind bei den Zahlstellen-Verwaltungen zu haben.

Köln-Ehrenfeld. Den Mitgliedern zur Beachtung, daß von heute an die Verbands- und freiwilligen Beiträge an jedem Sonnabend, Abends 8—9 Uhr im Vereinslokal bei Bündorf, Denkerstraße vom Kassier D a h m e n entgegengenommen werden.
Paul Riebel, Schriftführer.

Arbeitsmarkt.

Malers auf Glas oder Porzellan

in allen vorkommenden Artikeln eingerichtet sucht Stellung. Offerten unter I. N. an die Redaktion.

Verbeiratheter

Glas- und Porzellanmaler

im Musterentwerfen flott und tüchtig, arbeitet in Blumen, Kögel u. s. w. und ist auch in neuen Styl-Mustern gut bewandert. Selbiger sucht dauernde Stellung. Offerten unter X. A. M. des Blattes.

Zur Beachtung!

Die nächste Nummer der „**Ameise**“ erscheint wegen der Pfingstfeiertage einen Tag später. Alles für diese Nummer zur Aufnahme bestimmte muß am **Mittwoch, den 29. Mai** früh in meinen Händen sein. (Für gewöhnlich Dienstag früh.)

Es sei bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf verwiesen, daß alle Einsendungen, die in dem Organ Aufnahme finden sollen oder von denen ich nach Gutdünken öffentlich Gebrauch machen kann, stets an meine Adresse zu richten sind. Es ist dies ganz besonders zu beachten bei Berichten über eventuelle Differenzen; gehen dieselben nur an den Vorstand, so erhalte ich davon erst Kenntniß in der Vorstandssitzung, die meistens am Dienstag-Abend stattfindet. Dann ist es zu spät, in der folgenden Nummer noch Bezug auf eventuelle die Mitglieder interessirende Vorkommnisse zu nehmen und im Ubrigen muß ich der Verantwortung wegen auch etwas „Schwarz auf Weiß“ haben.

Ich ersuche außerdem mich mit Mittheilungen über Vorkommnisse am Orte, die die Kollegenschaft interessiren, im weitgehendsten Maße unterstützen zu wollen. In den Fabrikantenblättern, ebenso in den politischen Zeitungen findet man so manche Notiz über allgemein interessirende Vorkommnisse in der Porzellanerei, wovon unsere Mitglieder Kenntniß haben müssen und unser Ansicht nach wäre es deren Pflicht, zunächst ihrem eigenen Verbandsorgan davon Kenntniß zu geben, damit man auf einen Nachdruck aus anderen Blättern verzichten kann.

Allen Freunden und Genossen sowie Genossinnen wünscht unter grünen Maien vergnügte Pfingsten.

Redaktion der „**Ameise**“.

H. Jahn.

Berlin SO., Engelauer 15 II.